

Basis der jüngst verfügbaren statistischen Daten der Jahre 1990 bis 1995 für wichtige Beitragszahler und Gruppen ergeben die Werte, die in der Tabelle auf S. 21f. dieser Ausgabe dargestellt sind.

Der Beitragssatz der Bundesrepublik Deutschland steigt zwar von 9,03 vH im Vorjahr auf 9,630 1998, 9,808 1999 und 9,857 im Jahre 2000 an. Dieser Anstieg kommt jedoch nicht unerwartet. Proberechnungen, die für den Notfall angestellt wurden, daß die Mitgliedstaaten sich nicht auf eine neue Skala würden einigen können und daher eine Fortschreibung der Skala auf Basis der bisherigen Elemente beschließen würden, wiesen unter Verwendung des neuesten für die siebeneinhalbjährige Basisperiode verfügbaren statistischen Materials für Deutschland bereits Beitragssätze zwischen 9,54 und 9,970 vH aus; nach dem von der deutschen Delegation mitentwickelten EU-Vorschlag wären 9,682 vH zu zahlen gewesen.

IV. Außer bei Deutschland steigen in der EU die Beitragssätze für Belgien, Frankreich, Irland, Italien, die Niederlande, Österreich und Spanien leicht, für Portugal stark an, während sie bei Dänemark, Finnland, Griechenland, Luxemburg, Schweden und Großbritannien zum Teil erheblich absinken. Per Saldo jedoch steigt der Beitragsanteil der EU immer noch, und zwar von 35,41 vH 1997 auf 36,588 im Jahre 2000. Dies könnte die Verhandlungsposition der EU zumindest in Haushalts- und Finanzfragen weiter stärken.

Da der US-Anteil in der Beitragsberechnung unverändert bleibt, steigt auch der Anteil der Industrieländer in der OECD von 81,18 vH bei der Veranlagung 1997 auf 87,239 im Jahre 2000. Der Anstieg ist zum einen auf das Ansteigen der Beiträge der EU, im wesentlichen aber auf das starke Anwachsen des Anteils Japans von 15,35 (1997) auf 20,573 vH im Jahre 2000 zurückzuführen. Es würde also in Zukunft ebenso wie die USA von einer Obergrenze von 20 vH profitieren können – beide, da es sich nun einmal um ein Nullsummenspiel handelt, vor allem zu Lasten der übrigen großen Beitragszahler, also insbesondere der EU-Mitglieder.

Ebensowenig überrascht das starke Absinken der Beiträge von Rußland, Belarus und der Ukraine, die sich nach Auslaufen der Begrenzungsformel bei der nächsten Skala ab 2001 noch fortsetzen (und zu einem Ausscheiden Rußlands aus der Gruppe der großen Beitragszahler und deren Koordinierungsorgan, der >Genfer Gruppe<, führen wird). Parallel dazu sinken die Beiträge der aus der Sowjetunion hervorgegangenen Neumitglieder der UN sowie der anderen Staaten des früheren Ostblocks.

Das Absinken der Beiträge Rußlands und Großbritanniens führt trotz des Anstiegs des Beitragssatzes für China von 0,74 vH (1997) auf 0,995 vH im Jahre 2000 zu einer Verringerung der Beiträge der fünf Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats von 41,75 vH (1997) auf 38,709 im Jahre 2000.

Die Beiträge von Staaten, von denen man noch vor kurzer Zeit erwartet hatte, sie könnten diese Beitragsrückgänge ausgleichen, wie etwa die sogenannten Tigerstaaten Asiens, steigen bei

dieser Beitragsskala zu geringfügig an, um diese Hoffnung erfüllen zu können. Aber auch bei den jetzt vorgesehenen Änderungen könnten sie darauf verweisen, wie wenig aussagekräftig letztlich eine auf bis zu elf Jahre zurückgehende statistische Grundlage (1990-1995) für die Zahlungsfähigkeit – zum Beispiel im letzten Jahr der derzeitigen Skala, also im Jahre 2000 – ist. Insgesamt entspricht auch diese Beitragsskala nicht den hohen Anforderungen der Politiker, die eine Lastenverteilung fordern, die einfach, transparent und gerecht ist. Aber vielleicht ist dies ja auch nur eine Idealvorstellung, deren Umsetzung im Alltagsleben einfach scheitern muß. □

### *Haushaltsgestaltung nach Vorgabe des US-Kongresses*

LOTHAR KOCH

#### **52. Generalversammlung: 2,5-Mrd-Dollar-Haushalt für 1998/98 - Weitere Personaleinsparungen - Schulden der Vereinigten Staaten und weitere Außenstände - Aufwendungen Deutschlands**

(Dieser Beitrag setzt den Bericht in VN 1/1996 S. 31 fort. Siehe auch die Übersicht über die deutschen Leistungen an die UN auf S. 23f. dieser Ausgabe.)

Wiederum im Konsens hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen den Haushalt der Weltorganisation beschlossen. Der am 22. Dezember 1997 mit Resolution 52/221 verabschiedete *Programmmaßnahmenplan für den Zweijahreszeitraum 1998-1999* hat ein Volumen von 2 532 331 200 US-Dollar; der außerordentliche Reservefonds (contingency fund) beläuft sich - mit 18 754 800 Dollar - erneut auf etwa 0,75 vH dieser Summe. Der Haushalt trägt damit einer der zentralen Vorgaben des US-Kongresses für das Budget Rechnung - ob aber die USA darauf nun ihren Anteil erbringen werden (und gegebenenfalls wann), ist weiter offen.

I. Der neue Generalsekretär wollte es vielen recht machen, vor allem den Amerikanern. So senkte er zum Beispiel seinen Haushaltsentwurf 1998/99 noch weiter ab als sein Vorgänger, kündigte eine drastische Straffung des Verwaltungsapparats an und erfand für die Entwicklungsdividende ein (wenn auch sehr zweifelhaftes) Budgetverfahren, um nur einige seiner Neuerungsvorschläge zu nennen. Bei der Budgetgestaltung hat er aber auch schon als Manipulation zu charakterisierende Techniken nicht ausgelassen und zum Beispiel Ausgaben für die Gemeinsamen Dienste nicht mehr wie vorgeschrieben mit ihren Bruttowerten, sondern nur noch netto budgetiert. Voll ausgereizt hat er die aktuelle Situation eines harten Dollar und die Gunst der Stunde zu einer Budgetberichtigung von mehr als 110 Mill Dollar genutzt. Abzuwarten bleibt, ob dieser Wechsel auf die nächsten 24 Monate auch eingelöst werden kann.

Im reinen Zahlenvergleich liegt der Zweijahreshaushalt 1998/99 mit seinen 2,532 Mrd Dollar

um 76 Mill Dollar oder fast 3 vH unter dem ursprünglichen Budgetvolumen für 1996/97 von 2,608 Mill Dollar. Bezogen auf die angepaßte Haushaltsermächtigung für das Biennium per Ende 1997 von 2,542 Mrd Dollar ist der Unterschied aber nur noch 10 Mill Dollar oder 0,4 vH. So gesehen hat er die genannten Gestaltungsspielräume also dringend zur Sollerfüllung benötigt. Der Generalsekretär bemüht sich jedenfalls um eine weitere Straffung im Verwaltungsapparat und in seinen Entscheidungsabläufen. Er spart weiter Personal ein. Er hat die Budgetstruktur in Übereinstimmung gebracht mit der Zielrichtung seiner Reformbemühungen; seine Mittelanforderungen hat er auf die Schwerpunktbereiche konzentriert.

II. Entscheidend für die Vereinten Nationen ist die Überwindung ihrer Kassenprobleme. Auf prompte Zahlungen des Hauptschuldners USA kann weiterhin nur gehofft werden. Und so hat die ständige Finanzkrise der Vereinten Nationen bis auf weiteres wohl Bestand. Ein Wunder ist trotz der von Medienmogul Ted Turner angekündigten Milliardenpende (die nicht dem Haushalt zufließen, sondern verschiedenen Projekten zugutekommen soll) nicht in Sicht, und niemand wird ernsthaft von den übrigen Hauptbeitragszahlern erwarten, daß sie zusätzliche Mittel aufbringen und damit für die Nichtzahler, insbesondere also für die Vereinigten Staaten, einspringen. Deshalb wird der Generalsekretär auch keinen Erfolg haben mit seinem Vorschlag vom Juli 1997 (vgl. VN 4/1997 S. 146), einen revolvingierenden Kreditfonds von 1 Mrd Dollar als Finanzierungsreserve einzurichten. Es muß ebenfalls als höchst unwahrscheinlich gelten, daß die Mitgliedstaaten auf seinen anderen Finanzierungsvorschlag eingehen und sich, abweichend von den geltenden Bestimmungen, künftig zu einem generellen Verzicht auf die ihnen zustehenden Haushaltsüberschüsse bewegen lassen.

Per 31. Dezember 1997 hatten 85 Mitgliedstaaten Schulden zum regulären Haushalt im Umfang von insgesamt 473 Mill Dollar; die Liste wird von den USA mit 373 Mill angeführt. Weitere Großschuldner sind die Ukraine (17,7 Mill), Jugoslawien (10,6 Mill), Irak (7,2 Mill), Belarus (4,7 Mill) und Argentinien (4,1 Mill). Zugleich schuldeten die Mitgliedstaaten den UN noch 1,574 Mrd Dollar zu den separaten Haushalten für Friedensmaßnahmen; auch hier standen die USA (mit 940 Mill) an der Spitze der Schuldner.

III. Deutschlands Beitragssatz für 1998 ist gegenüber dem Vorjahr um 0,57 Prozentpunkte auf 9,630 vH gestiegen. Das führte zu einer Beitragsanforderung von 101,8 Mill Dollar für dieses Jahr, wovon die erste Hälfte wie üblich in den ersten Januartagen überwiesen wurde. Deutschland war damit 1998 nach Finnland der zweite Zahler überhaupt und ist dementsprechend in einer Pressemitteilung des UN-Sekretariats erneut lobend herausgestellt worden. Die für die Friedenseinsätze aufzuwendenden Mittel sind naturgemäß noch nicht zu beziffern; 1996 und 1997 hatte Deutschland hierfür 137,6 und 111,1 Mill Dollar aufgewendet. □